

Die Europa-Wahl 2014



Wahltermin:

in Österreich am Sonntag, **25. Mai 2014**
(EU-weit: 22.-25. Mai)

Gewählt werden:

für 5 Jahre

18 österreichische Mitglieder im Europäischen Parlament (von gesamt 751 Mandaten im EP)

Wahlberechtigt sind:

alle EU-Bürger/innen mit Hauptwohnsitz in Österreich mit **vollendetem 16. Lebensjahr** am Tag der Wahl
(Wahlinfos u.a. Wahlkarten: www.bmi.gv.at > Wahlen > EU-Wahl)

Worum geht's?

- um die **künftigen Mehrheiten** im Europäischen Parlament
- um den nächsten **Präsidenten der Europäischen Kommission**
- um eine **Richtungsentscheidung** in der europäischen Politik
- auch darum, ob **die Stimme der Gewerkschaften im EU-Entscheidungsprozess** stärker gehört wird





Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das **Europäische Parlament** (EP) ist die einzig **direkt gewählte Institution** der EU

Als solche vertritt es die **Interessen der Bürgerinnen und Bürger** der EU-Länder

Die **Europäische Kommission** vertritt das **Gemeinschaftsinteresse** (EU-Verträge)

Der **EU-Ministerrat** vertritt die **Interessen der Mitgliedstaaten** in der EU

AUFGABEN des Europäischen Parlaments

EU-Gesetzgebung + Mitwirkung

EU-Budget Haushaltsbehörde

Demokratische Kontrolle in der EU

Außenbeziehungen Zustimmungspflicht

GESETZE

Bei mehr als 3/4 aller EU-Entscheidungen ist das EP gleichberechtigt mit dem Ministerrat an der Gesetzgebung der EU beteiligt.

GELD

Das Parlament bestimmt mit dem Rat über die Ausgaben der EU und damit darüber, welche Politik mit dem Budget gemacht wird.

KONTROLLE

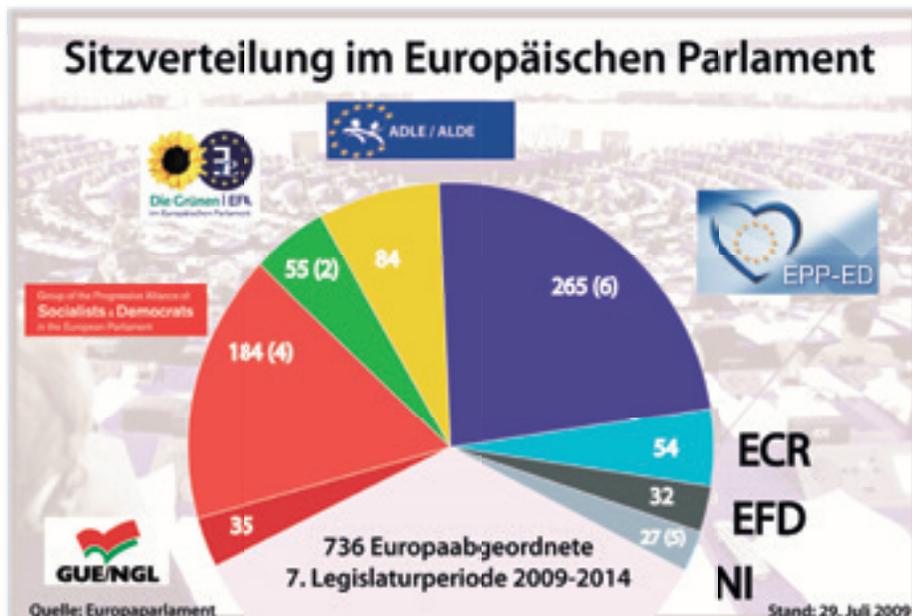
Das EP wählt den Präsidenten der EU Kommission und kann die Kommission stützen oder per Misstrauen auch stürzen.

AUSSENHANDEL

Nur mit der Zustimmung des EP kann die EU neue Mitglieder aufnehmen & internationale Verträge abschließen.

„Schon gewusst, . . .“

- ✓ . . . dass es bei **70% der im österreichischen Parlament und den Landtagen beschlossenen Gesetze** Vorgaben auf EU-Ebene gibt, die in allen EU-Ländern umgesetzt werden müssen?
- ✓ . . . dass es in der EU somit um **fundamentale Weichenstellungen für die einzelnen Mitgliedstaaten** und auch für alle Österreicher/innen geht?
- ✓ . . . dass dieses **EU-Recht nicht alleine vom Rat** (Minister der EU-Länder) **beschlossen** wird, sondern in fast allen wichtigen Fragen das **Europäische Parlament mitbestimmt**?
- ✓ . . . dass das EP **die einzige durch direkte Wahl eingesetzte Institution in der EU** ist und als solches gegenüber dem EU-Ministerrat und der Kommission **die eigentliche Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in Europa** ist?
- ✓ . . . dass **wichtige Impulse für ein bürgernäheres Europa vom EP initiiert** wurden und mehrere aus Sicht der Arbeitnehmer/innen **problematische Gesetzesvorschläge verbessert** wurden?



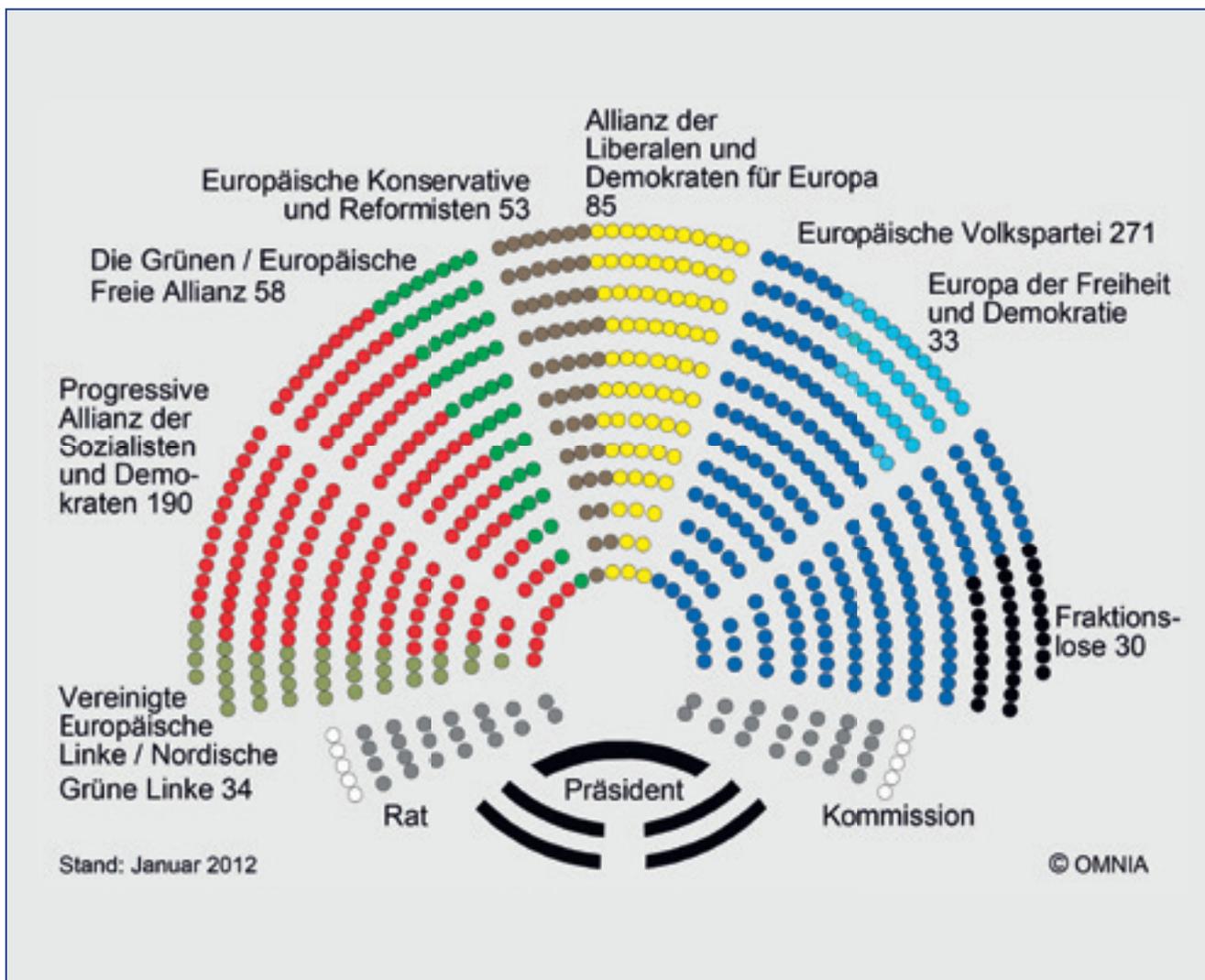
Schon daher ist es wichtig,
das Europäische Parlament am 25. Mai
durch eine hohe Wahlbeteiligung zu stärken.

freilich unter dem Motto:

„Weil es nicht egal ist, wer in Brüssel bestimmt.“

Die Fraktionen im EU-Parlament nach der Wahl 2009

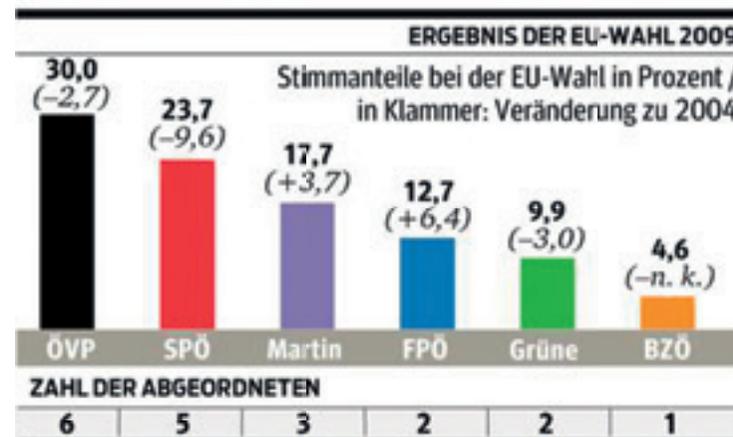
EU-Wahl 2014



In der EU:

seit 1999,
so auch 2009-2014
eine satte
konservativ-liberale
Mehrheit!

In Österreich:



Nach der EU-Wahl 2014 wird Österreich nicht mehr 19, sondern nur mehr 18 Abgeordnete haben.



In Wachstum/Beschäftigung **INVESTIEREN**

Was unter neo-liberalen Mehrheiten in vielen EU-Ländern geschah . . .

- Spardiktate und Budgetkonsolidierungen durch rigide Einsparungspolitik
- Bleibende Rezessionsgefahr
- Steigerung der Arbeitslosigkeit, v.a. der Jugendarbeitslosigkeit in Rekordhöhen
- Massiver Nachfrageausfall der öffentlichen Hand (v.a. im Bau und Infrastrukturbereich)
- Zusammenbruch der Binnennachfrage tlw. aufgrund empfindlicher Lohnkürzungen
- Druck auf Privatisierungen und Personalreduktionen im öffentlichen Dienst

Was aus Gewerkschaftssicht auf EU-Ebene geschehen muss . . .

- ✓ Stopp der radikalen Sparspolitik (Austerität) in Europa
- ✓ Europäische Jugendgarantie mit entsprechenden Finanzmitteln ausstatten
- ✓ Offensive für Investitionen in die soziale Infrastruktur
- ✓ Industrielle Basis in der EU sicherstellen, in Infrastruktur und Forschung investieren
- ✓ Marshallplan für Europa (Konjunktur- und Investitionspaket von 2% EU-BIP/Jahr)
- ✓ Finanzierung über Vermögenssteuern und Kampf gegen Steuerbetrug u. Steuerflucht



⊗ Deine Stimme für einen EU-Kurswechsel

Steuern & Finanzmärkte **REGULIEREN**

Was unter neo-liberalen Mehrheiten in vielen EU-Ländern geschah . . .

- völlige Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte
- Schaffung eines nicht kontrollierten Schattenbankensystems (Hedge-Fonds u.a.)
- Förderung der Spekulationsgeschäfte
- radikale Senkung von Gewinn-, Vermögens- und Unternehmenssteuern
- Verschärfung der Kriterien zur staatlichen Haushaltspolitik (EU-Schuldenbremse)
- Druck auf Privatisierungen und Personalreduktionen im öffentlichen Dienst



~~⊗~~ **Deine Stimme für einen EU-Kurswechsel**



Was aus Gewerkschaftsicht auf EU-Ebene geschehen muss . . .

- ✓ **Bankenunion mit einer aktiven europäischen Finanzmarktaufsicht**
- ✓ **Europäisches Steuerdumping beenden**
- ✓ **Mindestsätze bei der Körperschaftssteuer und Vereinheitlichung der Steuerbasis**
- ✓ **Macht der Finanzlobby brechen**
- ✓ **Rasche und breite Einführung einer wirksamen Finanztransaktionssteuer**
- ✓ **Konsequenter Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerflucht und Steueroasen**
- ✓ **Verteilungspolitik, Ungleichheiten bekämpfen**



Soziale Rechte **GARANTIEREN**

Was unter neo-liberalen Mehrheiten in vielen EU-Ländern geschah . . .

- Abbau von Arbeitnehmer/innen-Rechten und Eingriffe in KV-Systeme
- TROIKA-Diktate in mehreren EU-Ländern mit Eingriffen in Grundrechte
- Einschnitte in die Systeme und in die Leistungen der sozialen Sicherung (v.a. bei Pensionen)
- tlw. empfindliche Lohnkürzungen
- Druck auf Privatisierungen und Personalreduktionen im öffentlichen Dienst

Was aus Gewerkschaftssicht auf EU-Ebene geschehen muss . . .

- ✓ Stopp dem Raubbau an sozialen und Arbeitsrechten im Zuge der EU Krisenpolitik
- ✓ Klagen gegen Lohneingriffe und Verletzung von Grundrechten führen
- ✓ Soziale Grundrechte über Wettbewerbsrecht stellen (Fortschrittsprotokoll im EU-Vertrag)
- ✓ Öffentliche Dienste & Daseinsvorsorge im EU-Recht absichern / Liberalisierung stoppen
- ✓ Europäische Sozialpolitik wieder aufnehmen (soziale Mindeststandards setzen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit u.a.)
- ✓ Europäischer Mindestlohn über Kollektivvertrag oder Gesetz (unter Wahrung der nationalen Lage)



~~⊗~~ Deine Stimme
für einen EU-Kurswechsel